



Für den Norden in Berlin



WAHLKREIS 1 DIREKT Nr. 3/2004

Wahlkreiszeitung Flensburg / Schleswig-Flensburg
von Dr. Wolfgang Wodarg, MdB

Liebe Genossinnen und Genossen,



auch in der Sommerpause möchte Euch mit einer weiteren Ausgabe meiner Wahlkreiszeitung über meine Arbeit vor Ort und in Berlin für unsere Region Flensburg / Schleswig informieren.

Im Gesundheitsbereich zeigt die Gesundheitsreform inzwischen die ersten Erfolge. Die Krankenkassen schreiben keine Defizite mehr und auch Beitragssatzerhöhungen konnten verhindert werden. Allerdings hat die Reform auch zu teilweise unverhältnismäßigen Härten geführt. So ist etwa der Verwaltungsaufwand für den Nachweis des Erreichens der Belastungsgrenze viel zu groß und die Freistellung erfolgt entsprechend spät. Hier muss nachgebessert werden und ich habe in der SPD-Bundestagsfraktion hier bereits Änderungen vorgeschlagen.

Ein Höhepunkt der letzten Wochen war sicherlich der Besuch von Staatssekretär Anzinger in Flensburg. Es ist leider nicht immer leicht, Regierungsvertreter in den hohen Norden zu „lotsen“. Umso produktiver war der Besuch des Staatssekretärs.

Ende Juni hat Hans Eichel dann die ersten Informationen zum Bundeshaushalt 2005 vorgestellt. Ich habe in dieser Zeitung diese Eckdaten des Haushalts noch einmal

dargestellt. Besonders hinweisen möchte ich darauf, dass Bildung, Forschung, Familien und Jugend zu den größten Gewinnern dieses Haushaltes zählen.

Die Mittel für Bildung und Forschung sollen gegenüber 2004 um 296 Millionen Euro auf jetzt 9,909 Milliarden Euro ansteigen. Hier setzt die Regierung klare Impulse für eine nachhaltige Förderung der Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Bei all der Kritik an der Politik von rot-grün muss auch auf diese Fakten verwiesen werden. Sicher ist in den letzten Monaten nicht alles perfekt gelaufen, aber wer mit Fundamentalkritik die Bundesregierung verdammt, der muss wissen, dass wir insbesondere unsere sozialen Sicherungssysteme zukunftssicher machen wollen. Die Opposition hingegen will dieses erfolgreiche System abschaffen. Hier liegt die Alternative und hier müssen wir streiten.

Euer Wolfgang Wodarg

Themen dieser Ausgabe:

- Editorial
- Besuch von Staatssekretär Anzinger in Flensburg
- Besuch im Altenpflegeheim „Am Rathausmarkt“ in Schleswig
- Besuchergruppe aus dem Wahlkreis im Mai 2004
- Erste Bilanz zur Gesundheitsreform
- Patienteneigene Stammzellen statt Embryonenopfer: Lübecker Forscher schaffen den Durchbruch
- Bundeshaushalt 2005 im Zeichen von Konsolidierung und Wachstum
- Impressum

Besuch von Staatssekretär Anzinger in Flensburg

Am 11. Juni 2004 besuchte der beamtete Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Herr Rudolf Anzinger, unsere schöne Fördestadt Flensburg.



In einem offenen Meinungsaustausch mit Genossinnen und Genossen sowie mit weiteren Interessierten wurde insbesondere über die Umsetzung der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe diskutiert.



Besuch im Altenpflegeheim „Am Rathausmarkt“ in Schleswig

Am Dienstag, den 8. Juni 2004 besuchte ich das städtische Altenpflegeheim „Am Rathausmarkt“ in Schleswig. Begrüßt wurden von Heimleiter Herrn Benecke und dem Personalsratsvorsitzenden, Herrn Petersen, der Bürgermeister der Stadt Schleswig, Herr Thorsten Dahl, und die Mitglieder der Schleswiger SPD-

Ratsfraktion Frau Birte Pauls, Frau Marion Callsen-Mumm und Herr Karsten Reimer.



Die Welt sei noch in Ordnung in den Altenpflegeheimen der Stadt, stellten unisono die Heimleitung und der Bürgermeister in Hinsicht auf die Vorfälle in Flensburg klar. Die beiden Einrichtungen seien zwar städtisch, verursachten der Gemeinde jedoch keinerlei Kosten.

Frau Callsen-Mumm, Vorsitzende im Sozialausschuss der Stadt Schleswig, merkte an, dass die Bestrebungen der CDU im Stadtrat öffentliche Einrichtungen dieser Art zu privatisieren von der SPD-Fraktion auf das schärfste verurteilt werden. Kommunale Träger müssen in der Verantwortung für ihre Senioren bleiben.

Die engagierte Vorsitzende des Heimbeirates, Frau Renate Hullmann, und die stellvertretende Vorsitzende, Frau Ilse Leideck, zeigten sich beim Rundgang durch das Heim als sachkundige Führerinnen. Bei dem anschließenden Gespräch bei Kaffee, Kuchen und Informationsaustausch zeigten sich die Damen des Heimbeirates als sehr zufriedene Bewohnerinnen.

Feuerwehrlaute des MFG 2 werden in der Region eingesetzt

15 Feuerwehrlaute des Marinefliegergeschwaders 2 werden nach dem 31. Dezember 2005 zum Flottenkommando Glücksburg versetzt. Über diese Pläne informierte mich der parlamentarische Staatssekretär Walter Kolbow.

Da in Glücksburg keine weiteren Dienstposten zur Verfügung stehen, werden die restlichen Feuerwehrlaute auf die Standorte Jagel, Hohn und Eckernförde versetzt.

Ich hatte beim Bundesministerium der Verteidigung darauf gedrungen, eine sozialverträgliche Lösung für die betroffenen Feuerwehrleute und ihre Familien zu suchen.

Besuchergruppe aus dem Wahlkreis im Mai 2004

Vom 11. bis 13. Mai 2004 besuchte wieder eine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern aus dem Wahlkreis 1 unsere Bundeshauptstadt Berlin auf meine Einladung.



Erste Bilanz der Gesundheitsreform

Vor circa fünf Monaten trat das GKV-Modernisierungsgesetz in Kraft. Nun liegen die ersten Daten zur Auswirkung des Gesetzes auf die Finanzentwicklung der gesetzlichen Krankenkassen vor.

Über 25 Mio. Versicherte profitieren bereits jetzt von ersten Beitragssenkungen. Erstmals seit zehn Jahren schreibt die GKV mit einem Überschuss von knapp 1 Mrd. Euro im ersten Quartal 2004 wieder schwarze Zahlen. 2003 wies die Bilanz des gleichen Quartals noch ein Defizit von über 600 Mio. Euro auf. Die Überschüsse sind ein erster bedeutsamer Schritt zur finanziellen Konsolidierung der gesetzlichen Krankenversicherung und sie schaffen Spielräume für weitere Beitragssenkungen.

Hierdurch wird ein wichtiges Signal zur Senkung der Lohnnebenkosten als eine entscheidende Voraussetzung für Wachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze gesetzt.

In den Monaten Januar bis März sind die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen um -3,5

Prozent zurückgegangen; die beitragspflichtigen Einnahmen um +1,9 Prozent gestiegen (2003 stiegen die Leistungsausgaben im ersten Quartal um 1,6 Prozent bei einem Rückgang der beitragspflichtigen Einnahmen von 0,2 Prozent).

Sowohl die Ausgaben für ärztliche Behandlung als auch für ärztlich verordnete Leistungen gingen nach In-Kraft-Treten der Gesundheitsreform deutlich zurück. Die Zuwachsrate im Bereich der Früherkennungsuntersuchungen von knapp 22 Prozent zeigt, dass entgegen mancher Behauptungen gesundheitlich gebotene Arztbesuche nicht etwa unterbleiben, sondern zunehmen.

Zweistellige Minusraten konnten bei Arzneimitteln (-15,4 Prozent), Hilfsmitteln (-12,1 Prozent) und Fahrkosten (-10,5 Prozent) erzielt werden. Diese drei Leistungsbereiche hatten durch hohe Zuwachsraten in den vergangenen Jahren einen entscheidenden Anteil steigenden Krankenkassenbeiträgen.

Rückgänge von -11,4 Prozent gab es auch beim Krankengeld. Damit setzt sich hier der Trend der vergangenen beiden Jahren fort und führt in den ersten fünf Monaten des Jahres 2004 zum niedrigsten Krankenstand seit der Wiedervereinigung.

Zunehmend rücken jetzt auch die strukturellen Verbesserungen der Gesundheitsreform in den Blickpunkt. Hierzu gehören etwa die integrierte Versorgung, Hausarzt-Netze und Gesundheitszentren, die Öffnung von Krankenhäusern für die ambulante Versorgung, qualitätsgesicherte Behandlungsprogramme für chronisch kranke Menschen und Bonusprogramme für gesundheitsbewusstes Verhalten.

Die Anbieter von Gesundheitsleistungen stehen jetzt vor einem härter werdenden Wettbewerb, von dem ich hoffe, dass er sich qualitätsfördernd und effizienzsteigernd für die Patienten auswirken wird. Auf der Nachfrageseite besteht durch die neuen Wettbewerbselemente jedoch eine Gefahr insbesondere hinsichtlich der Behandlung von chronisch Kranken. So sehe ich etwa einige der neuen Bonusprogramme der Krankenkassen äußerst kritisch.

Hier buhlen die Krankenkassen im Wettbewerb um die besonders aktiven und jungen Versicherten mit Wellness-Angeboten, anstatt die Versorgung alter und chronisch Kranker zu verbessern. Dabei lassen sich langfristig durch verbesserte Präventions- und Vorsorgeangebo-

te Gelder einsparen. Die kurzfristige Orientierung auf den Wettbewerb macht die Entwicklung entsprechender Programme durch die Krankenkassen jedoch unattraktiv. Ich habe dieser Kritik bereits anlässlich der Verabschiedung des Gesetzes im Bundestag Ausdruck verliehen. Hier besteht weiterhin Nachbesserungs- bzw. weiterer Reformbedarf.

Positive Folge des Gesetzes ist jedoch, dass der Mitgliederschwund bei den großen Versorgungskassen gestoppt werden konnte. Von Januar 2003 bis Januar 2004 verloren z.B. die Angestellten-Krankenkassen fast 700.000 Mitglieder, von Januar bis Mai 2004 waren es nur noch knapp 1.000. Auch diese positive Entwicklung trägt zur Stabilisierung der solidarischen Krankenversicherung bei.

Das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen wird wie vorgesehen voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte seine Arbeit aufnehmen können. Ebenso intensiv laufen die Arbeiten zur geplanten Einführung der elektronischen Gesundheitskarte im Jahr 2006.

Die durch die Gesundheitsreform bewirkte Gesamtentlastung der Kassen im Jahr 2004 wird zwischen 9 und 10 Mrd. Euro liegen. Hierdurch werden weitere Beitragssenkungspotentiale sowie die notwendigen Voraussetzungen für den bis 2007 vorgesehenen Schuldenabbau der einzelnen Kassen geschaffen.

Noch nicht berücksichtigt sind im ersten Quartal die Einnahmen aus der Tabaksteuer von 1 Mrd. Euro in 2004 für die pauschale Abgeltung der versicherungsfremden Leistungen, die den Kassen in zwei Abschlägen zum 1. Mai und 1. November zufließen.

Angesichts dieser Bilanz der Gesundheitsreform erscheint klar: Die Umsetzung der Reform verläuft nach Plan und zeigt Erfolge. Damit sind die ersten Schritte hin zu einer Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung getan, die den Menschen unabhängig von Alter und Einkommen den Zugang zur notwendigen medizinischen Versorgung sichert.

Ich werde mich angesichts dieser (finanziellen) Erfolge dafür einsetzen, dass unverhältnismäßige Härten für chronisch Kranke und Geringverdiener bei nächstmöglicher Gelegenheit zurückgenommen werden.

Patienteneigene Stammzellen statt Embryonenopfer: Lübecker Forscher schaffen den Durchbruch

Was trotz intensiver internationaler Forschungsbemühungen seit vielen Jahren nicht gelang, ein Forscherteam der Universität Lübeck schaffte es: Die Arbeitsgruppe um Privatdozent Charli Kruse isolierte aus dem Drüsenewebe von Menschen und Ratten Stammzellen, die sich nicht nur als äußerst vermehrungsfähig erwiesen, sondern sich auch in fast alle Zelltypen ausdifferenzieren können. Zellen mit Eigenschaften also, die bisher nur embryonalen Stammzellen zugeschrieben wurden und zu deren Gewinnung Embryonen geopfert und zuletzt in Korea ethisch äußerst fragwürdige Klonexperimente durchgeführt wurden. Das Herstellen von Embryonen für medizinische Zwecke ist damit in Zukunft nicht nur ethisch verwerflich, sondern auch überflüssig und die restriktive deutsche Forschungspolitik hat sich als richtig erwiesen.

Den Lübecker Forschern gelang in einer Zeitspanne von eineinhalb Jahren der rasche Durchbruch in enger Kooperation mit dem Fraunhofer-Institut für Biomedizinische Technik, das den Ausbau der Lübecker Arbeitsgruppe seit Anfang des Jahres unterstützte. Von hier wurde der rasche, unbürokratische Zugang zu den Zelltechnologien der Fraunhofer-Gesellschaft und eine finanzielle Anschubförderung gewährt.

Als sich die Erfolge abzeichneten ist zusätzlich auch eine Forschungsallianz mit dem Max-Planck-Institut für Biophysikalische Chemie in Göttingen und dem Max-Planck-Institut für Molekulare Medizin in Münster gegründet worden. Den Vorsprung im internationalen Wettbewerb, den die deutschen Forscher sich durch ihr hartnäckiges Bemühen um adulte Stammzellen verschafft haben, gilt es zu nutzen.

Erforderlich ist dafür ein verstärktes Zusammenführen von Ergebnissen sowohl der Grundlagen- wie der Anwendungsforschung und Technologie-Transfer, mehr Kooperation also. Den Wissenschaftlern war es bei Ihrer Pressekonferenz deutlich anzumerken, dass anhaltende Kritik am deutschen Standort sie mürbe gemacht, ein Erfolgserlebnis bitter nötig gewesen war.

Wie sonst nur embryonale Stammzellen sind die nach dem Kruse-Verfahren gewonnenen adulten Stammzellen gut vermehrbar, in verschiedenen Entwicklungsstadien kryokonservierbar und können sich in Zelltypen aller drei Keimblätter differenzieren. Für ihr Wachstum benötigen sie weder Nährlösungen aus tierischen Zellen, noch anderweitige technische Verfahrensschritte. Für die Stammzellforschung stehen damit erstmals leicht zugängliche Quellen und Verfahren zur Verfügung, um aus jedem Wirbeltier und aus Menschen jeden Alters und Geschlechts, Stammzellen zu gewinnen, die für medizinische, aber auch landwirtschaftliche Zwecke einsetzbar sind. Der Vision, von jedem Menschen ein Stammzelldepot ausreichender Größe für spätere medizinische Behandlungen anlegen zu können, ist man einen großen Schritt näher gekommen. Auch für das Gewebe-Engineering, vor allem aber für die Grundlagenforschung stehen damit in Kürze mit hoher Wahrscheinlichkeit robuste pluripotente adulte Stammzelllinien zu Verfügung.

Die Entscheidung im Deutschen Bundestag, Forschung an embryonalen Stammzellen nur unter klaren Beschränkungen zuzulassen, hat sich als doppelt richtig erwiesen: Mit den bereits vorhandenen Linien aus embryonalen Stammzellen konnte das nötige Grundlagenwissen erforscht werden. Die Forderung nach neuen Stammzell-Linien, wie sie prominent von Wolfgang Clement erhoben wurde, zielte auf den therapeutischen Einsatz der kostbaren Zellen und damit auf den Verbrauch von immer neuen Embryonen. Die Verlockung war groß, ethische Barrieren beiseite zu wischen angesichts der vielen therapeutischen Verheißungen.

Die Mehrheit in Bundestag und Bundesregierung hat statt dessen die Forschung an adulten Stammzellen vorrangig gefördert, die Forschung mit embryonalen Zellen auf ein Minimum beschränkt. Damit haben wir die Menschenwürde als Wertebasis unseres Zusammenlebens geachtet. Ich kann nur hoffen, dass diese Erfahrung den Ungeduldigen und Leichtfertigen eine Lehre sein wird und dass Nachhaltigkeit, d. h. die Schonung wichtiger Ressourcen und Werte auch in der Biotechnologie in Deutschland zu einem wesentlichen Prinzip wird. Als Sprecher der Enquete-Kommission Ethik und Recht der modernen Medizin und als Mitglied im Beirat für Nachhaltigkeit möchte ich mich bei Forschern und Sponsoren dafür bedanken, dass ihr Atem lang genug war, die-

sen eindrucksvollen Durchbruch zu ermöglichen.

Veranstaltung der Deutschen Rheumaliga e.V. in Berlin

Als Präsident der Rheumaliga Schleswig-Holstein und Mitglied des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages habe ich für die Deutsche Rheumaliga e.V. die Teilnehmer der Veranstaltung der Deutschen Rheumaliga e.V. im Rahmen des "Annual European Congress of Rheumatology" vom 9. bis 12. Juni 2004 in Berlin zu einer Diskussionsveranstaltung eingeladen.



Vertreter von Selbsthilfegruppen und Nicht-Regierungsorganisationen, die sich für eine Verbesserung der Situation Rheumakrankter engagieren, trafen in Berlin zusammen. Ob Zyprioten, US-Amerikaner, Franzosen oder Niederländer – sie alle eint das Interesse, die Mittel gegen eine der weitverbreitetsten chronischen Erkrankungen unserer Tage zu verbessern. Eine der wichtigsten Erkenntnisse der Konferenz war, dass es dringend einer besseren Zusammenarbeit zwischen den diversen Verbänden der Rheumahilfe auf europäischer Ebene bedarf. Die Konferenz war hier ein erster, wichtiger Schritt.



Bundeshaushalt 2005 im Zeichen von Konsolidierung und Wachstum

Auch wenn jetzt die Sommerpause unmittelbar vor der Tür steht, so ist schon heute absehbar, dass gleich in der ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause im September mit den Beratungen über den Bundeshaushalt 2005 die Arbeit weitergehen wird.

Dies ist besonders wichtig, da der wirtschaftliche Aufschwung noch immer äußerst fragil ist. In dieser Situation ist es Bundesminister Eichel gelungen, finanzpolitisch Kurs zu halten. Mit dem Haushaltsentwurf 2005 und dem Finanzplan bis 2008 wird der Dreiklang aus notwendigen Strukturreformen, Konsolidierung und Wachstumsimpulsen intensiviert und inhaltlich fortentwickelt.

Fortsetzung der Strukturreformen - Agenda 2010

Die Bundesregierung hat mit der Agenda 2010 umfangreiche Modernisierungsvorhaben auf den Weg gebracht. Deutschland stellt sich den Herausforderungen der zunehmenden Verflechtung der Weltwirtschaft, der Erweiterung der Europäischen Union und dem demografischen Wandel. Es gilt deshalb, den Sozialstaat und die Marktwirtschaft zu erneuern und fortzuentwickeln, um Wohlstand und soziale Gerechtigkeit zu erhalten. Die aktuelle Zwischenbilanz der Agenda 2010 zeigt bereits erste positive Wirkungen. Ab 2005 werden weitere wichtige Reformmaßnahmen umgesetzt:

- Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe werden die öffentlichen Haushalte dauerhaft von konsumtiven Ausgaben entlastet, Arbeitsanreize erhöht und administrative Doppelzuständigkeiten abgebaut.
- Die Reform der Arbeitsverwaltung erhöht die Vermittlungschancen von Arbeitslosen und verbessert die Qualität des Arbeitsangebots.
- Die Rentenreform wird nicht zuletzt mit Einführung eines Nachhaltigkeitsfaktors in die Rentenformel zur finanziellen Stabilisierung der Rentenversicherung beitragen.
- Die Gesundheitsreform erhöht die Effizienz und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen und die Eigenverantwortung der Versicherten. Bereits jetzt zeigen sich Einsparungen der Krankenversicherung in Milliardenhöhe,

die durch Beitragssatzsenkungen an Arbeitnehmer und Arbeitgeber weitergegeben werden können.

Die Strukturreformen der Agenda 2010 sind im Haushaltsentwurf 2005 berücksichtigt.

Konsolidierung und Verbesserung der Qualität der Staatsausgaben bleiben die wichtigsten finanzpolitischen Ziele

Die Konsolidierung des Bundeshaushalts bleibt herausragendes finanzpolitisches Ziel. Ohne nachhaltige Konsolidierung der Staatsfinanzen gibt es kein dauerhaftes Wachstum. Aber auch umgekehrt lassen sich geringere öffentliche Defizite nur mit ausreichendem Wachstum erreichen. Wachstum und Konsolidierung gehören untrennbar zusammen. Eine verantwortungsvolle und erfolgreiche Konsolidierungsstrategie muss daher außer durch notwendige Strukturreformen auch durch eine wachstumsfördernde Strategie flankiert werden, die einen Abbau der Defizite erleichtert.

Daher bleibt es dabei: die Steuersätze der Einkommensteuer werden zum 1. Januar 2005 weiter gesenkt. Die Entlastung der Bürger und Unternehmen um weitere rd. 6,8 Mrd. Euro wird dem privaten Konsum zusätzliche Impulse geben und die Investitionsbereitschaft der Unternehmen erhöhen. Die Steuerreform 2000 bewirkt Entlastungen von jährlich rd. 32 Mrd. Euro. Insgesamt werden die Steuerzahler durch die steuerlichen Maßnahmen seit 1999 um über 52 Mrd. Euro jährlich entlastet.

Zukunftsfördernde Ausgaben erhalten Vorrang. Die Innovationsoffensive stärkt Forschung und Bildung, wie vom Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung am 25. März 2004 angekündigt. Das Angebot an Länder und Gemeinden steht: Der Bund wird die Mittel aus der Eigenheimzulage zur Verstärkung von Forschung und Innovation einsetzen. Länder und Gemeinden sind aufgefordert, ihren Spielraum für mehr Investitionen in Bildung und Kinderbetreuung zu nutzen. Die Bundesregierung wird nach der Sommerpause einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Eigenheimzulage vorlegen. Im Finanzplanungszeitraum bis 2008 stellt der Bund insgesamt knapp 3 Mrd. Euro zur Verfügung. Einschließlich der Mittel von Ländern und Gemeinden können bei voller Wirksamkeit knapp 6 Mrd. Euro jährlich mobilisiert werden. Die Innovationsoffensive ist ein Beispiel für die Verbesserung der Qualität der Staatsausgaben; das ist Voraussetzung für ein

mittel- und langfristig höheres Wirtschaftswachstum.

Ein weiterer Schwerpunkt des Bundeshaushalts ist die Förderung von Familien und Kindern. Hier sind deshalb im Haushalt 2005 keine finanziellen Kürzungen vorgenommen worden. Familienpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Die familienpolitischen Leistungen der Bundesregierung sind in den unterschiedlichen Einzelplänen veranschlagt. Insgesamt stellt der Bund im kommenden Jahr für diesen Bereich etwa 60 Mrd. Euro zur Verfügung. Dabei ist das Kindergeld mit ca. 34 Mrd. Euro die größte familienpolitische Leistung.

Konjunkturgerechte Konsolidierung des Bundeshaushalts

Die Strukturreformen werden durch gezielte Konsolidierungsmaßnahmen ergänzt. Die Ausgaben für Sozialversicherungen, Arbeitsmarkt und Versorgung beanspruchen rd. 45 v.H. der Gesamtausgaben des Bundes. Unter Hinzurechnung der Personalausgaben und Zinsen stehen rd. 70 v.H. der Gesamtausgaben des Bundes nicht für Investitionen oder wesentliche Zukunftsfelder wie Bildung und Forschung zur Verfügung. Die Konsolidierungspolitik der Bundesregierung ist daher darauf ausgerichtet, das Wachstum konsumtiver Ausgaben zu bremsen, Subventionen abzubauen und das Steueraufkommen durch die entschlossene Missbrauchsbekämpfung zu stabilisieren.

Die Konsolidierung erfordert Augenmaß: zu starke Einschnitte bei einzelnen Ausgaben oder Steuererhöhungen könnten die beginnende Wirtschaftsbelebung dämpfen. Gleichwohl werden die mit dem Haushalt 2004 eingeleiteten Konsolidierungsschritte, auf die sich die Bundesregierung bereits verständigt hat, fortgesetzt:

Durch umfassende Konsolidierung in allen Einzelplänen und globale Ausgabebegrenzungen werden die Einsparungen des Vorjahres fortgeschrieben.

Die von der Bundesregierung 2004 entwickelte Initiative zum Abbau von Subventionen und Sonderleistungen auf Basis der Vorschläge der Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück wird fortgeschrieben.

Gleichzeitig werden die von der Opposition Ende letzten Jahres verhinderten Maßnahmen im Bereich der Landwirtschaft (Subventionsabbau beim Agrardiesel, Reduzierung der Defizit-

deckung des Bundes für Altenteiler) wieder aufgegriffen.

Der Bundeshaushalt 2005 hält die Grenzen des Art. 115 Grundgesetz ein. Die Nettokreditaufnahme liegt mit 22,0 Mrd. Euro unterhalb der Summe der veranschlagten Investitionen. Niedrigere Kredite wären finanzpolitisch erstrebenswert. Doch zunächst kommt es darauf an, die begonnenen Reformen abzuschließen und das Wachstum zu stärken. Wenn die Wirtschaft wieder ausreichend wächst, sind weitere Konsolidierungsschritte geboten. Wir brauchen zwischen Bund und Ländern Konsens über gemeinsame, nachhaltige Einsparungen, um das Ziel eines ausgeglichenen Bundeshaushalts und das Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushalts zu erreichen.

Privatisierungserlöse in Höhe von 15,45 Mrd. Euro tragen dazu bei, dass die Nettokreditaufnahme unterhalb der veranschlagten Investitionen bleibt. Privatisierungen sind Teil einer umfassenden Staatsmodernisierung. Sie führen zu einer stärkeren Marktorientierung der entsprechenden Unternehmen und damit zu positiven Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven. Privatisierung stärkt somit den Wirtschaftsstandort Deutschland im internationalen Wettbewerb und schafft effizientere Strukturen in Unternehmen und Verwaltungen. Bund, Länder und Gemeinden haben sich in der Sitzung des Finanzplanungsrates am 16. Juni 2004 gemeinsam zu dem Ziel bekannt, das gesamtstaatliche Defizit im Jahr 2005 unter 3 v.H. des Bruttoinlandprodukts zurückzuführen. Die Bundesregierung wird ihren Beitrag hierzu leisten und erforderlichenfalls weitere Maßnahmen ergreifen. Für den Erfolg der Konsolidierungspolitik ist von zentraler Bedeutung, dass sich Bund und Länder ihrer gemeinsamen Verantwortung im Rahmen der europäischen Vorgaben stellen.



Impressum

Dr. Wolfgang Wodarg, Abgeordneter für den
Wahlkreis Schleswig-Flensburg (WK 1) im
Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Email: wolfgang.wodarg@bundestag.de
Homepage: <http://www.wodarg.de>
Tel.: 030-227-73371
Fax: 030-227-76333

Wahlkreisbüro Flensburg
Große Str. 69
24937 Flensburg
Email: wolfgang.wodarg@wk.bundestag.de
Tel.: 0461-97 888 20
Fax: 0461-97 888 65